

01) Energiewende: Forderungen aus Wolkenkuckucksheim

27. 10. 2021



Ob die Weltenretter Corona-Hysteriker auch nach der Demo dermaßen peinlich maskiert herumhängen?

Von HUBERT VON BRUNN | „Gebt den Kindern das Kommando (...) Kinder an die Macht“ forderte dereinst Herbert Grölemer und alle Eltern, die jegliche Art von Erziehung für eine Art Folter halten, klatschten Beifall. Wir kommen der Sache näher. Am Freitag waren in Berlin wieder mehr als 10.000 Fridays-for-Future-Kids auf der Straße, um lautstark zu fordern, dass Deutschland die Welt retten muss.

Alles, was aus den Sondierungsgesprächen der Ampel bisher zum Thema Klimaschutz verlautbart wurde, reicht den Greta-Jüngern nicht. Unter dem Motto „Ihr lasst uns keine Wahl“ stellen sie Maximalforderungen, die nicht nur unbezahlbar wären, sondern das Ende der viertgrößten Volkswirtschaft der Welt bedeuten würden:

- Strikte Einhaltung der 1,5-Grad-Marke,
- verbindlicher Kohleausstieg bis 2030,
- Einbaustopp für fossile Verbrennungsmotoren ab 2025,
- sofortiger Neu- und Ausbaustopp für Autobahnen und Bundesstraßen und so manches mehr aus Wolkenkuckucksheim.

Man könnte das ja abtun mit: „Na ja, junge Leute schießen halt schon mal über das Ziel hinaus“ und es dabei belassen. Aber so einfach ist das nicht. Die Grüne Jugend, die Linke und die Jusos, von denen Heerscharen im neuen Giganto-Parlament sitzen, unterstützen zu großen Teilen die Forderungen der pubertierenden Revoluzzer. Sie werden bei Abstimmungen, bei denen es ums Klima geht, so manchen vernünftigen Beschluss torpedieren. Die gemäßigten Genossen um Olaf Scholz und die FDP werden da so manches blaue Wunder erleben.

Halbfertige Menschen wollen die Politik des Landes bestimmen

Nach Berechnungen des Bundesverbands der Deutschen Industrie (BDI) und der Boston Consulting Group (BCG) erzwingt die Umsetzung der bereits beschlossenen Klima-Maßnahmen bis 2030 Mehrinvestitionen in Höhe von 860 (!) Milliarden Euro, also knapp 100 Milliarden/Jahr. Allein für den Ausbau der Strom- und Fernwärmenetze sowie der Ladetankstellen für E-Autos veranschlagen die Experten Ausgaben von insgesamt 240 Mrd. Euro. Den Grünen reicht das aber noch nicht. Sie fordern – allen voran die Vortänzerin Baerbock, aus deren Mund kein Satz kommt, in dem nicht mindesten einmal das Wort „Klima“ vorkommt – 50 Milliarden Investitionszuschüsse zusätzlich pro Jahr, „damit wir das Land in Schuss halten und klimaneutral werden“. Wirklich eindrucksvoll, wie die Wolkenkuckucksheimer mit den Milliarden nur so um sich werfen. Auf die Frage, woher das Geld kommen soll, herrscht dezentes Schweigen.



Nicht ohne mein Handy: Selbst während der Ansprache auf einer „Fridays for Future“ Demo in Wien wollten junge Weltenretter nicht auf das Herumreiben am Handy verzichten. Könnte die ganz in schwarz angetane Aktivistin (Bild links unten) durch weniger fressen nicht auch ihren Beitrag zum Klimaschutz leisten? | Foto: C. Reichmann

Von den FfF-Kids, für die das Schulschwänzen zugunsten der Demo ja irgendwie auch eine Gaudi ist, kann man nicht mehr erwarten. Sie sind gewohnt, dass Mutti sie mit dem SUV zur Schule bringt und wieder abholt, Vati drei bis vier schicke Urlaube auf den Malediven, in Davos oder auf einem Kreuzfahrtschiff finanziert und ansonsten der Strom aus der Steckdose kommt und das Geld für alle die Must-Haves von der Bank. Das sind junge Leute,

die – von einigen Ausnahmen abgesehen – nie erlebt haben, was es heißt, Geld zu verdienen, damit zu wirtschaften und für den eigenen Lebensunterhalt zu sorgen. Sie sind aufgewachsen im Wohlstand, wenn nicht im Luxus, müssen sich um nichts kümmern, gewohnt, dass Papi und Mami schon alles richten. Wie kann es sein, dass Menschen mitten in der körperlichen und geistigen Entwicklung, also halbfertig, Menschen ohne jegliche Lebenserfahrung, und logischerweise nicht in der Lage, komplexe Zusammenhänge zu überreißen – wie kann es sein, dass dieses intellektuelle Mittelmaß sich anheischig macht, die Politik dieses Landes bestimmen zu wollen?

Atom-Politik: „Wir sind die Geisterfahrer auf der Autobahn“

Weil man sie lässt und noch dazu anstachelt: „Gebt den Kindern das Kommando“! Problematisch wird es allerdings, wenn – wie bereits angesprochen – dieses unausgegorene Gedankengut Einzug hält in die Parlamente und sich dort eine Grundhaltung etabliert, die eine vernünftige, sachorientierte Politik des Ausgleichs unmöglich macht. Nehmen wir nur einmal die Forderung der Klima-Aktivisten nach einem vorgezogenen Kohle-Ausstieg bereits 2030. Schon der im so genannten „Kohlekompromiss“ vereinbarte Ausstiegstermin 2038 ist mehr als problematisch. Ganz einfach, weil Deutschland nicht in der Lage sein wird, den für Industrie und Privathaushalte nötigen Strom allein aus Erneuerbaren Energien zu erzeugen.

Der CDU-Politiker Wolfgang Bosbach hat dazu eine klare Meinung: „Wenn jetzt einer glaubt, wir können in anderthalb Jahren die Zahl der Windräder um 50 Prozent erhöhen – dann ist das nicht von dieser Welt. Das werden wir nie schaffen.“ Und vergessen wir nicht: Im nächsten Jahr sollen die letzten noch im Betrieb befindlichen Atomkraftwerke abgeschaltet werden. Frau Merkel hat das so verfügt, weil 2011 im fernen Japan das Kernkraftwerk Fukushima von einem Tsunami zerstört wurde. Diese Logik hat mich schon vor zehn Jahren sprachlos gemacht. Eine einsame Entscheidung des Irrsinns, bar jeder Vernunft und jeder Weitsicht.

Der Ökonom und Ex-Präsident des Ifo-Instituts, Hans-Werner Sinn, bringt den deutschen Alleingang in der Atom-Politik auf den Punkt: „Wir sind die Geisterfahrer auf der Autobahn.“ In der Tat: Während wir hierzulande hoch moderne und sehr sichere Atomkraftwerke abschalten, produzieren unsere Nachbarn rundum auf z.T. veralteten Anlagen weiter Atomstrom und bauen sogar neue Kraftwerke. Folgerichtig wirft H.-W. Sinn der Öko-Partei eine „Mogelpackung“ vor und sagt:

„Wenn Deutschland auf Atomkraft verzichtet, muss es ausländischen Atomstrom kaufen. Es geht gar nicht anders, als die Energiewende mit der Kernkraft hinzukriegen“.

Und auch Wolfgang Bosbach äußert sich dazu eindeutig:

„Ich kenne Länder, die steigen aus der Kohleverstromung aus ODER aus der Kernenergie – ich kenne nur nicht Länder, die beides gleichzeitig machen.“ – Außer Deutschland, versteht sich.

ei diesem Wahnsinn sind wir wieder einmal Weltspitze mit dem Ergebnis, dass wir dann 2035 bei gestiegenem Energiebedarf von 106 Gigawatt eine Versorgungslücke von 44 Gigawatt haben werden.

Der Nobelpreis für totale Verblödung wurde noch nicht ausgelobt

Diese Zahlen und Fakten interessieren unsere links-grünen Weltverbesserer natürlich überhaupt nicht. Ihnen geht es um die Durchsetzung ihrer Ideologie, koste es, was es wolle. Und wenn wir dann teuren Atomstrom aus Polen oder Frankreich einkaufen müssen, weil hierzulande sonst die Lichter ausgehen, werden sie sagen:

„Aber wir sind das erste Land der Welt, das auf gefährliche und klimaschädliche Energiegewinnung verzichtet.“

Meinen die, sie kriegen für ihre großartige Leistung den Nobelpreis? Wohl kaum. Der Nobelpreis für totale Verblödung wurde noch nicht ausgelobt. Derweil gehen die satten und gepamperten FfF-Kids weiter auf die Straße und krakeelen irgendwelche schwachsinnigen Parolen in die Luft, deren wirkliche Bedeutung sie nicht verstehen. Und Papi und Mami werden stolz sein auf ihre Nachkommen, die sich so aufopferungsvoll dafür einsetzen, die Welt zu retten. Wenn die Demo zu Ende ist, werden sie im SUV nach Hause gebracht.

Zugegebenermaßen ist die Verblödung in diesem Zusammenhang nicht allein ein Privileg der Jugend. Detlef Flintz (63), Leitender Redakteur beim WDR, hat vor einigen Tagen in den ARD-Tagesthemen einen Kommentar zur aktuellen Erhöhung der Lebenshaltungskosten und insbesondere der Energiepreise abgegeben: „Er ist da, der Preisschock. Gut so!“ klatscht er dieser für viele Menschen im Lande bedrohlichen Entwicklung Beifall. „Nur, wenn Öl und Gas spürbar teurer werden“, so Flintz weiter, „kriegen wir die Erderwärmung in den Griff. Die Bürger sollten froh sein, dass wir gezwungen werden, Konsum und Produktion zu ändern.“ Wie abgehoben muss man da sein, wenn man mindestens 10.000 Euro im Monat nach Hause trägt? Einmal mehr wird mit so einem Kommentar deutlich, wie stromlinienförmig der ÖRR im Kielwasser der Regierung schwimmt. Bloß keine Kritik. Die da oben haben immer Recht und die da unten sollen sich gefälligst warm anziehen. Und für derart unverschämte Kommentare zahlen wir auch noch Rundfunkgebühren.

Nachtrag: Die FfF-Aktivisten verkünden nicht nur unausgegorenen Schwachsinn, nein, Teile von ihnen bewegen sich mit radikalen Parolen inzwischen haarscharf am Rande der Legalität. Die deutsche Greta, Carla Reemtsma, hat ja in einem taz-Artikel klipp und klar eine „Radikalisierung der Aktionsformen“ gefordert. Bei einer Demo vor der SPD-Zentrale in Berlin ging das dann schon mal ziemlich in die Hose. Dort zeigten Aktivisten vom radikalen Flügel Spruchbänder mit dem Slogan: „Wer hat uns verraten...?“ – zu ergänzen mit „die Sozialdemokraten“. Das war zunächst ein Schlagwort der Kommunisten, das später von den Nazis übernommen wurde. Der CDU-Innenexperte Christoph de Vries hat dazu unmissverständlich festgestellt:

„Nazi- und Kommunistenrhetorik stehen in Deutschland nicht unter Welpenschutz.“

Die jüngste Parole gegenüber der SPD ist ungeheuerlich. Und er stellt in den Raum, dass bei einer weiteren Radikalisierung der Weltretter „auch der Verfassungsschutz ein Auge auf diese Entwicklung werfen“ müsse. – Wenn das passiert und Greta Wind davon bekommt, wird sie Gift und Galle spucken: „How Dare You!!!“

Aus: UNSER MITTELEUROPA. MIT VEREINTEN KRÄFTEN FÜR EIN EUROPA DER VATERLÄNDER

02) Grüne knallen vollends durch – Abgeordnete wollen 200 Mio. „Klimaflüchtlinge“ aufnehmen

17. 10. 2021



Screenshot Twitter

Grüne Abgeordnete wollen 200 Millionen Klima-Flüchtlinge aufnehmen

Träumer*innen im Bundestag

Derzeit sorgt ein Video-Ausschnitt in sozialen Medien für Aufregung: Zu sehen sind zwei frisch gewählte Abgeordnete der deutschen Grünen, die mit der schon länger existierenden Idee des Klimapasses sympathisieren. Das würde im Klartext bedeuten, dass 200 Millionen Flüchtlinge aufgenommen werden müssten, berichtet [exxpress.at](https://www.express.at).

Volles Migrationsrecht in der EU

Bei den Humanist*innen handelt es sich um zwei weniger bekannte Politikerinnen der Grünen, die am Sonntag erstmals in den Bundestagswahl gewählt worden sind. Konkret sympathisieren die beiden Damen in dem Video-Ausschnitt mit der schon länger existierenden Idee eines Klimapasses, der vorsieht, dass Menschen, die aufgrund der Auswirkungen der Klimakrise auf der Flucht sind, innerhalb von Europa volles Migrationsrecht bekommen.

Und wieder ist Deutschland schuldig

Die Überlegung dahinter: Jene Länder, die den Klimawandel verursachen, sollen auch für die Folgen aufkommen. Jetzt ist es umstritten, inwiefern Deutschland tatsächlich ein globaler Klimatreiber ist, denn sein Anteil am weltweiten CO₂-Ausstoß liegt bei lediglich zwei Prozent, berichtet das genannt online-Magazin weiter.

Können Quacksalber die Welt retten?

Am Ende des Tages werden diese Träumer*innen (und leider nicht nur diese) zur Errettung des Planeten dahingehend hoffen, dass alle Bewohner*innen der Welt bei uns in Europa landen sollen. Politikwissenschaftler*innen, Soziolog*innen, und „Studierende“ diverser Quatschberufe, wie die Erbrüter*innen von „Genderstudien“ werden das allerdings finanziell nicht stemmen können.

[Hartes Geld](#)

[@Hartes_Geld](#)

Frisch gewählte Abgeordnete der [#Grünen](#) im Bundestag: Deborah Düring (27) und Emilia Fester (23) besprechen die Zukunft Deutschlands und stellen klar: "Deutschland muss 200 Millionen [#Flüchtlinge](#) aufnehmen, weil Deutsche deren [#Klima](#) zerstören!" [#GrünerMist](#)



[10:22 nachm. · 29. Sep. 2021](#)

https://twitter.com/Hartes_Geld/status/1443310179827736580?ref_src=twsrc%5Etfw%7Ctwcamp%5Etweetembed%7Ctwterm%5E1443310179827736580%7Ctwqgr%5E%7Ctwcon%5Es1_c10&ref_url=https%3A%2F%2Funser-mittleuropa.com%2Fgruene-knallen-vollends-durch-abgeordnete-wollen-200-mio-klimafluechtlinge-aufnehmen%2F

Aus: UNSER MITTELEUROPA. MIT VEREINTEN KRÄFTEN FÜR EIN EUROPA DER VATERLÄNDER

03) Habermas und die deutsche ideologische Hypothek

Von Gérard Dussouy, emeritierter Universitätsprofessor

15. 10. 2021



Jürgen Habermas - Bildquelle; Polémia

Polémia verfolgt aufmerksam die politische und soziale Situation in Deutschland. Heute möchten wir unseren Lesern einen brillanten Text aus der Feder von Gérard Dussouy vorstellen. In einer faszinierenden philosophischen Analyse zeichnet Gérard Dussouy das erbauliche Porträt eines Volkes, das einer umfassenden sozialen Indoktrination ausgesetzt ist.

Ein Text, den man aufmerksam lesen sollte, um zu verstehen, was in unseren Nachbarländern geschieht.

In der Tat wird Deutschland seit mehr als fünfzig Jahren von derselben Ideologie beherrscht, die es politisch hemmt und die gleichzeitig das politische Handeln der Europäischen Union bestimmt. Diese Ideologie erklärt, warum ihre Außenpolitik unabhängig von den an der Macht befindlichen Parteien oder Koalitionen starr, d. h. systematisch auf die Vereinigten Staaten ausgerichtet ist, und warum sie der Standardträger für alle UN-Desiderate ist. Das erklärt auch, warum Deutschland, obwohl es eine Industrie- und Finanzmacht ist, sich auf der internationalen Bühne kaum Gehör verschafft und vor allem, warum es nie seine Stimme erhebt, wenn es um die Forderung nach europäischer Emanzipation geht.

Um diese Apathie zu verstehen, muss man natürlich den internationalen Status Deutschlands seit 1945 berücksichtigen, der der einer „begrenzten Souveränität“ ist, wie man zu Zeiten der Sowjetunion von den Volksdemokratien sagte, oder, wenn man es vorzieht, einer „überwachten Souveränität“. Doch wie der Philosoph Peter Sloterdijk vor einigen Jahren anprangerte, rührt der deutsche ideologische Konsens, so wie er sich aufgedrängt hat, vor allem daher, dass „in den siebziger Jahren, als Habermas an die Macht kam, [...] der Anti-Nietzscheismus der Kritischen Theorie, der Frankfurter Schule, zum dominierenden Ton in Deutschland wurde. Die Kritische Theorie [...] hat eine Art ‚Wache

am Rhein‘ aufgestellt, sie hat alles getan, um das französische Denken in Deutschland zu minimieren, ob es nun Leute wie Deleuze, wie Foucault oder andere waren“[1]. Dies geht so weit, dass die heute in Deutschland vorherrschende Philosophie nach Sloterdijk zum Erzeuger einer „Hypermoral“ (nach Arnold Gehlen) geworden ist, die sich jedem kritischen Denken widersetzt und jede politische Orientierung, die nicht dem etablierten Status quo entspricht, verbietet.

Es sei darauf hingewiesen, dass der größte Teil des Werks von Jürgen Habermas der Infragestellung des Herrschaftsparadigmas gewidmet ist, das in fast der gesamten politischen Philosophie zu finden ist. In seiner Studie über diesen Philosophen kommt Arnauld Leclerc zu folgendem Schluss: „Erstens argumentiert Habermas gegen Arendt, dass es unmöglich ist, Macht unter Ausschluss von Herrschaft zu denken; zweitens argumentiert Habermas gegen Hobbes, Schmitt und Weber, dass es unmöglich ist, Macht auf Herrschaft zu reduzieren, die zwar rationalisiert werden kann, aber niemals legitim ist; drittens argumentiert Habermas gegen die kritischen Theorien der Herrschaft, die von Marx über Bourdieu und die Frankfurter Schule bis hin zu Foucault reichen, dass es absolut unmöglich ist, Herrschaft zu einem Paradigma der politischen Theorie zu machen.[2] Er plädiert daher für einen Übergang in das postnationale Zeitalter, in dem die Deutschen nicht mehr ein Volk an sich, sondern Weltbürger sind, und sieht die Globalisierung als „Horizont ohne Herrschaft“ als Folge der Homogenisierung der Menschen. Es muss gesagt werden, dass diese neue Situation von den Deutschen ziemlich leicht akzeptiert wurde, da ihre bemerkenswert spezialisierte Wirtschaft stark von der Globalisierung profitiert hatte.

Um den jedem Individuum und jedem Volk innewohnenden Ethnozentrismus aufzulösen, wollte Habermas an die „kommunikative Vernunft“ appellieren, die er, wie der amerikanische pragmatistische Philosoph Richard Rorty anmerkt, „als Verinnerlichung sozialer Normen und nicht als Bestandteil des „menschlichen Selbst“ interpretiert“. Habermas beabsichtigt, die demokratischen Institutionen zu „erden“, wie Kant es zu tun hoffte; aber er will es besser machen, indem er anstelle der „Achtung der Menschenwürde“ einen Begriff der „herrschaftsfreien Kommunikation“ ins Spiel bringt, unter dessen Schirmherrschaft die Gesellschaft weltoffener und demokratischer werden muss.[3] Jürgen Habermas‘ Ziel ist es, dass kommunikatives Handeln in Verbindung mit einer gut strukturierten Öffentlichkeit den Menschen dazu bringen kann, seine nationale, romantische Identität abzulegen und es der Menschheit zu ermöglichen, sich in ewigem Frieden zu vereinen, indem sie Souveränitäten überwindet und so jeden Anflug von Konflikt beseitigt.

Der Siegeszug von Habermas und die Übernahme seiner Ideen durch offizielle Kreise (wie z.B. den Bildungssektor) führte in der Tat zur kommunikativen und ideologischen Hegemonie seines Lagers in Deutschland, mit der Unterstützung seiner „Verbündeten“, die sich mit der daraus resultierenden politischen Passivität zufrieden gaben, anstatt zu einem Dialog, der diesen Namen verdient. Durch die Kontrolle der Information, der Medien und der verschiedenen Sozialisationsprozesse war es möglich, die kollektive Repräsentation so zu gestalten, dass die politische Kultur der deutschen Nation radikal verändert wurde. Bei der Analyse des Programms der politischen und historischen Umerziehung, dem die Deutschen, aber auch die Japaner unterworfen waren, zögert Thomas U. Berger nicht zu schreiben: „Wir müssen aufpassen, dass wir nicht in die politische und historische Umerziehung des deutschen Volkes hineingeraten. Berger zögert nicht zu schreiben, dass „sie von einer antimilitärischen Propaganda bombardiert wurden, die mindestens so gewalttätig war wie die Propaganda der vorangegangenen Kriegszeit“[5].

Die ideologische Ankylose, unter der die deutschen politischen Parteien leiden, erklärt unter anderem die Zurückhaltung Deutschlands, Emmanuel Macron zu folgen, wenn dieser von „europäischer Souveränität“ spricht und Fortschritte im Bereich der gemeinschaftlichen

Verteidigung oder einer europäischen Armee vorschlägt. Der französische Präsident, selbst ein Anhänger der Thesen von Habermas, den er zu Beginn seiner fünfjährigen Amtszeit besuchte, hätte dies erwarten müssen.

Das Dilemma ist jedoch umso schwieriger zu lösen, als gleichzeitig mehrere Partnerländer Deutschlands, insbesondere die Länder im Süden der Europäischen Union, darunter Frankreich, insofern von Deutschland abhängig bleiben, als es als „Währungsschirm“ dient; und im Falle einer tiefgreifenden Meinungsverschiedenheit oder Trennung droht ihnen der Bankrott. Wir werden also auf außergewöhnliche Ereignisse warten müssen, bevor die deutsche ideologische Hypothek aufgehoben wird.

[1] Sloterdijk Peter, Le Magazine Littéraire, Interview, Nr. 406, Februar 2002, S. 34.

[2] A. Leclerc, „La domination dans l'œuvre de Jürgen Habermas. Essai sur la relativisation d'une catégorie“, Politeia, N°1 Politique et domination à l'épreuve du questionnement philosophique, November 1997, S. 53–85.

[3] R. Rorty, Kontingenz, Ironie und Solidarität, Paris, Armand Colin, 1993, S. 205.

[4] J. Habermas, La paix perpétuelle. Le bicentenaire d'une paix kantienne, Paris, Le Cerf, 1996.

[5] T. U. Berger, „Norms, Identity and National Security in Germany and Japan“, Peter J. Katzenstein, The Culture of National Security, New York, Columbia University Press, 1996, S. 317–356.

Quelle: [Polémia](#)

Aus: UNSER MITTELEUROPA. MIT VEREINTEN KRÄFTEN FÜR EIN EUROPA DER VATERLÄNDER

04) „Es gibt keine Macht und keine Autorität außer Allah“

14. 10. 2021



Bildquelle: FDS

Der islamische Gebetsruf wird nun jeden Freitag in den 35 Moscheen in Köln zu hören sein

Die Stadt Köln, eines der wichtigsten Zentren des katholischen Glaubens in Deutschland, wird in den nächsten zwei Jahren den Ruf des muslimischen Muezzins in der gesamten Stadt zulassen.

Die 35 Moscheen in Köln können jeden Freitag zwischen 12 und 15 Uhr für fünf Minuten zum Gebet aufrufen und über Lautsprecher verkünden: „Es gibt keine Macht und Autorität außer Allah“.

Die Kölner Oberbürgermeisterin Henriette Reker feierte dieses „Modellprojekt“ auf Twitter als „Zeichen des Respekts“. Schließlich wird jeder Reisende in der Stadt „von der Kathedrale empfangen und von den Kirchenglocken begleitet“. Als „weltoffene Stadt“ will Köln nun auch die „berechtigten religiösen Interessen“ der Muslime schützen. Kritikern erteilte Reker eine klare Absage: „Wer das bezweifelt, stellt die Identität Kölns und unser friedliches Zusammenleben in Frage.“

Muezzin-Rufe in Köln – Islamexperten sind skeptisch. Sie werfen Reker vor, das eigentliche Problem zu ignorieren. „Hier geht es nicht um ‚Religionsfreiheit‘ oder ‚Vielfalt‘, wie Oberbürgermeisterin Reker behauptet“, sagt Integrationsexperte Ahmad Mansour. „Die Moscheebetreiber wollen sichtbar sein. Sie zelebrieren den Muezzin als Machtdemonstration über ihre Stadtviertel“.

Quelle: [BILD](#)

Die Zentralen der großen türkischen Nichtregierungsorganisationen wie die Türkisch-Islamische Union bei der Direktion für religiöse Angelegenheiten (DITIB), Milli Gorus (IGMG) und die Türkisch-Europäische Islamische Union (ATİB) befinden sich in Köln, der größten Stadt in Nordrhein-Westfalen.

In Deutschland gibt es mehr als 900 Moscheen, die der DITIB angeschlossen sind.

Quelle: [TRT](#)

Aus: UNSER MITTELEUROPA. MIT VEREINTEN KRÄFTEN FÜR EIN EUROPA DER VATERLÄNDER

05) SPD-Frau Aydan Özoğuz: Salafisten- und Hisbollah-Sympathisantin als Bundestagspräsidentin im Gespräch

14. 10. 2021



Aydan Özoğuz | Bild: wikimedia commons ((CC BY-SA 3.0 DE))

Die ehemalige SPD-Integrationsministerin Aydan Özoguz ist, so der Tagesspiegel, eine ernsthafte Option für das Amt des Bundestagspräsidenten. Laut *WELT* gibt es sogar „entsprechende Gedankenspiele im Willy-Brandt-Haus“. Bekannt wurde Özoguz durch ihre Behauptung, eine deutsche Kultur sei „abseits der Sprache, schlicht nicht identifizierbar“.

SPD-Frau Özoguz: Salafisten-Sympathisantin als Bundestagspräsidentin im Weniger bekannt in der Öffentlichkeit ist Özoguz' offen pro-islamistische Einstellung, sei es bei ihrer Teilnahme an einer antisemitischen Hisbollah-Demonstration, beim Kampf gegen ein Burka-Verbot oder auch bei ihren Sympathiebekundungen für Salafisten, die zum IS nach Syrien reisten. Erwähnenswert auch Özoguz' Engagement beim Islamischen Zentrum Hamburg IZH, das als „Außenposten“ der iranischen Terror-Mullahs vom Verfassungsschutz beobachtet wird. 2011 rief Özoguz Muslime zum Boykott der Islamkonferenz auf, weil der Schwerpunkt der Veranstaltung auf Sicherheit und Deradikalisierung liegen sollte.

Außerdem warnte Özoguz 2013 davor, Kinderehen pauschal zu verbieten. Dabei sterben jedes Jahr weltweit mehr als 22 000 Mädchen durch zu frühe Schwangerschaften und Geburten. Der Grund: Kinderehen, so die internationale Nichtregierungsorganisation „Save the Children“ (11. Oktober 2021).

Die stellvertretende Vorsitzende der AfD-Bundestagsfraktion, Beatrix von Storch, erklärt dazu:

„Nach dem Muezzin-Ruf in der Domstadt Köln jetzt noch eine Islamistin und Antisemitin im Umfeld von Hisbollah und Muslimbrüdern als Bundestagspräsident? Özoguz' vielfach

nachgewiesene Islamistenfreundlichkeit scheint die SPD bei der Besetzung eines der höchsten Ämter in unserer Demokratie nicht zu stören. Genosse Scholz wird mit Özoguz seine politische Entdeckung aus Hamburger Tagen weiter fördern. Und eine völlig desolante Union wird Merkmals ehemalige Staatsministerin für Integration bei deren Marsch durch die Institutionen an die Spitze des Bundestages sicherlich aktiv unterstützen. Über dem Reichstag steht ‚Dem deutschen Volke‘, nicht ‚Dem deutschen SPD-Islamismus‘. Wehret den Anfängen.“

Quelle: Pressestelle der AfD-Fraktion im Deutschen Bundestag

Aus: UNSER MITTELEUROPA. MIT VEREINTEN KRÄFTEN FÜR EIN EUROPA DER VATERLÄNDER

06) „Energiewende“ soll dank „Klimakrise“ Groß-Konzernen Milliarden Gewinne verschaffen | Teil 2

13. 10. 2021

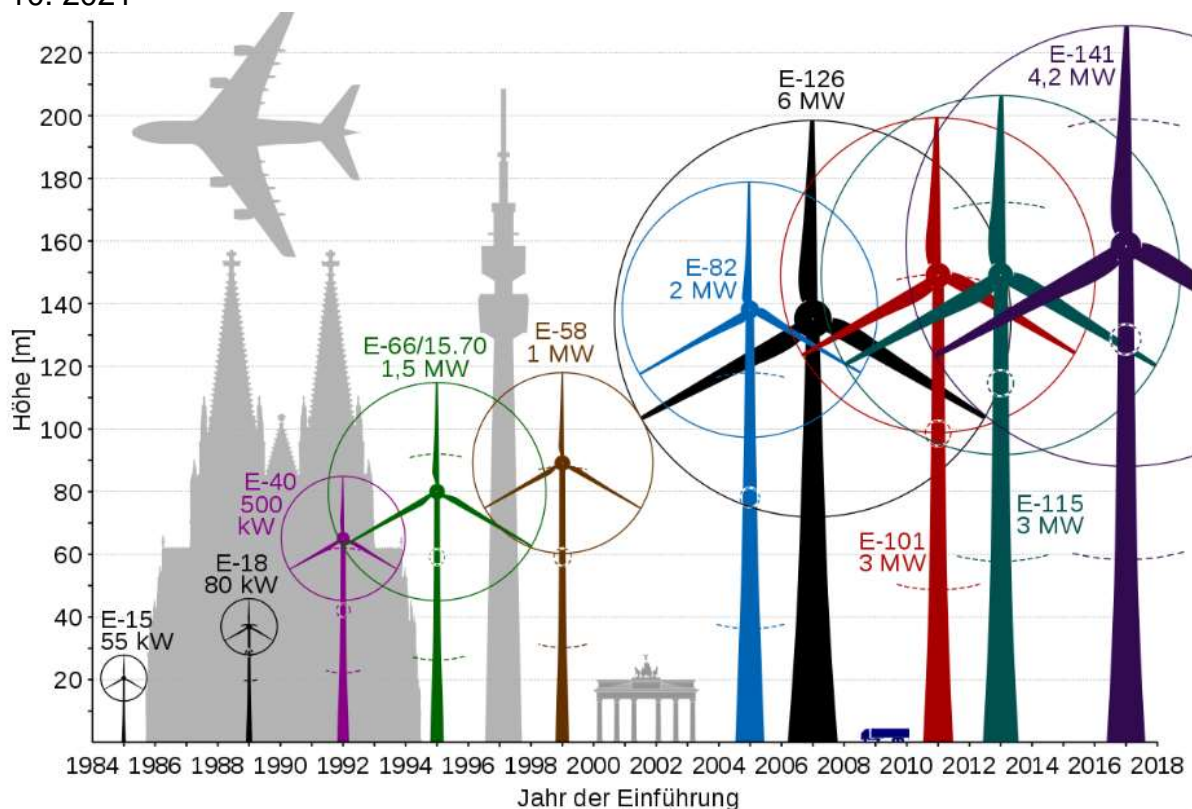


Bild: Jahobr / wikimedia commons / (CC0 1.0)

Teil 2: Energiewende in der Sackgasse – Institutionelle Anleger enttäuscht

Die Fokussierung der institutionellen Anleger auf die Windparks stellten allerdings die Stromversorger vor unlösbare Probleme. Die fluktuierende, also windabhängige Stromproduktion durch die Windkraftanlagen waren im Netz immer schwerer auszuregulieren. Teilweise musste Stromüberschüsse sogar zu negativen Strompreisen exportiert werden. Die Windenergie boomte zumindest bis 2017. Anteile an Windkraftanlagen waren so beliebt, dass es sogar Wartelisten für private Investoren gab, die am großen Kuchen mitnaschen wollten. Seither ist es allerdings Schluss mit lustig.

Windparkboom vorbei

Sogar im Mekka der Windenergie in Deutschland ist man gewaltig auf die Förderbremse gestiegen. Für alte Anlagen laufen die Förderverträge aus und diese müssen bald abgewrackt werden, weil sie zu Marktkonditionen nicht mehr kostendeckend zu betreiben sind. Interessenten für neue Windparks müssen sich einem „Bieterverfahren“ stellen. Dabei bekommt derjenige den Zuschlag, der den günstigsten Einspeisetarif anbietet. Gewinn und Verlust liegen da ganz eng beisammen. Eine Anleitung zum Gelddrucken sieht anders aus. Die „institutionellen Investoren“ bekamen kalte Füße und die Anzahl der neu errichteten Anlagen halbierte sich gegenüber 2018 (2017 5300 MW, 2018 nur noch 2400 MW neu installierte Nennleistung in Deutschland).

Wie ist diese ganze Entwicklung zu erklären?

Am Beginn der Förderung der „alternativen Energien“ hatte die Windenergie die Nase vorne, weil der Preis der erzeugten KWh wesentlich geringer war, als die von Biomassekraftwerken.

Obendrein war eine Investition in einen Windpark für einen institutionellen Investor viel überschaubarer als in viele kleine lokale Biogasanlagen. Banken, Versicherungen und Pensionsfonds verfügen auch einfach nicht über die Kompetenz sich beispielsweise mit der wesentlich komplexeren Technologie von Biogasanlagen zu beschäftigen. Windkraftanlagen sind da wesentlich einfacher zu durchschauen. So war das Vorpreschen der Windenergie leicht zu erklären.

Windenergie ohne Speichermöglichkeiten Fehlentwicklung

Was dabei allerdings übersehen wurde war, dass man eine erzeugte KWh von einem Windrad nicht mit der von einer Biogasanlage oder einem Biomassekraftwerk vergleichen konnte: Letztere liefern vorhersehbar Strom, während Windräder nur Strom liefern, wenn eben gerade mal der Wind bläst. Das Ganze war vom Anfang an ein Äpfel-Birnen Vergleich. Allerdings konnte eine Zeitlang das Netz mit der fluktuierenden Stromproduktion durch Windräder umgehen: Es mussten eben die verpönten Kohle-, Öl- und Gaskraftwerke nach Bedarf zu- und abgeschaltet werden, damit das Netz stabil blieb. Die Kosten für die Bereitschaftshaltung von Kraftwerkskapazitäten wurden einfach den Endkunden umgehängt.

Industriestandort gefährdet

Ein weiterer Ausbau der Windenergie würde die Netzstabilität und damit den Industriestandort Deutschland (oder Österreich) gefährden. Trotzdem will die Finanzindustrie auf die liebgewordene Einnahmequelle nicht mehr verzichten. Man will offensichtlich die Politiker mit einer irrationalen Medienkampagne gegen alle Vernunft dazu zwingen, die Windenergie weiter üppig zu fördern! Klar ist auch, dass man irgend eine technische Lösung anbieten muss, um mit dem fluktuierenden Windstrom irgendwie fertig zu werden. Technisch sind dazu nur Pumpspeicherkraftwerke oder Akkus im Stande. Erstere kann man nicht beliebig ausbauen, also bleiben nur Akkus über.

Lesen sie in den nächsten Tagen in Teil 3, wie man die Nebenkosten der Windkraft auf den Endkunden abwälzen will. Teil 1 finden sie [hier](#). (04.10.2021)

<https://unser-mittleuropa.com/energiewende-soll-dank-klimakrise-und-klimahysterie-gross-konzernen-milliardengewinne-verschaffen/>

Aus: UNSER MITTELEUROPA. MIT VEREINTEN KRÄFTEN FÜR EIN EUROPA DER VATERLÄNDER

07) Deutschland: gewalttätige Unterdrückung der Opposition eskaliert

12. 10. 2021



Antifa-Aufmarsch vor und Haus von Petr Bystron | Bilder: Sceenshoot FB-Seite ‚Antifa Stammtisch München‘ (mitte) und Petr Bystron (links und rechts)

Übergriffe, Todesdrohungen, Extremistenaufmärsche: massive Unterdrückung der Opposition in Deutschland

Der Kommissar für Folter der Menschenrechtskommission der UNO ist allarmiert: In Deutschland häufen sich massive Übergriffe gegen Oppositionelle. Egal ob massive Polizeigewalt gegen Demonstranten, Todesdrohungen gegen Oppositionspolitiker oder Aufmärsche von gewaltbereiten Extremisten – immer sind Regierungskritiker die Opfer. Besonders dramatisch: Oft werden diese Übergriffe von den Behörden unterstützt. Die deutschen Medien, selbst bei den kleinsten Übergriffen gegen die Regierenden sofort zur Stelle, beschweigen die Überfälle weitestgehend. Hier das Video des Aufmarsches:

<https://www.youtube.com/watch?v=iz0mkglrBh8>

Linksextremisten randalieren, werfen Rauchbomben und Farbe auf die private Wohnung des Oppositionspolitikers Petr Bystron.

So kam erst durch eine [Veröffentlichung des US-Magazins](#) The Getaway Pundit heraus, dass am Vorabend der Wahl ein Angriff auf das Haus des früheren bayerischen Landesvorsitzenden der AfD, Petr Bystron verübt wurde. Eine 800 Personen zählende Demonstration von militanten Linksextremistischen versammelte sich vor der privaten Wohnung des Bundestagsabgeordneten, zündete Rauchbomben, randalierte, bewarf das Haus mit Farbgeschossen und lieferte sich Schlägereien mit der Polizei. Dies war kein Einzelfall, sondern ein weiterer Angriff aus einer Reihe von Übergriffen, verbrannten Autos, beschädigten Hausfasseln und schweren Körperverletzungen, denen Oppositionell in Deutschland in den letzten Monaten ausgesetzt waren.

Am 13. September veröffentlichten Linksextremisten auf einer vom Verfassungsschutz beobachteten linksextremen Webseite eine [Liste mit 53 Namen](#) und privaten Adressen von AfD-Politikern. „Töten wir die Schweine der AfD mittels Sprengstoff“, hieß es wörtlich in dem Hetzaufruf. Beigefügt soll auch eine Anleitung zur Herstellung des Sprengstoffs gewesen sein. Am 23. September kam ein Aufruf von Linksextremisten in Umlauf, in dem die „Entnahme“, wie bei „gefährlichen Tieren“ von 250 Oppositionellen gefordert wird. Betroffen sind konservative Politiker, Journalisten und Publizisten, darunter die Schriftstellerin Birgitt Kelle, der Journalist Roland Tichy, zahlreiche Politiker der AfD, aber auch die führenden Köpfe der Corona-Kritiker aus der Partei die Basis wie Alexandra Motschmann oder Dr. Rainer Füllmich. Im Wahlkampf wurden unzählige Büros und Häuser von AfD-Politikern beschädigt, deren [Autos angezündet](#).

Bereits im August kam es in Berlin zu einer gewaltsamen Auflösung einer Regierungskritischen Demonstration, bei der die Polizeikräfte äußerst brutal gegen friedliche Demonstranten vorgegangen sind, darunter Frauen, Kinder und Rentner. Die erschütternden Szenen haben den [UN-Sonderberichtersteller](#) über Folter, Nils Melzer auf den Plan gerufen, der die Untersuchung der Vorfälle angekündigt hatte. Für massive Kritik sorgte auch die Tatsache, dass die gleichen Einheiten der Berliner Polizei nur eine Woche später eine über 60.000 Personen zählende LGBT-Demo völlig unbehelligt durch Berlin flanieren ließen.

Alle diese Ereignisse bestätigen das Bild eines Deutschlands, in dem die Opposition systematisch unterdrückt und schikaniert wird. Politiker der größten Oppositionspartei sind Freiwild für Linksextremisten, Journalisten freier Medien werden mit polizeilichen Maßnahmen eingeschüchtert, deren Bankkonten gekündigt und [Anzeigekunden verjagt](#). Regierungskritische Demonstranten werden unter dem Vorwand der Nichteinhaltung von Corona-Vorschriften brutal verprügelt währenddessen Demonstranten, die im Sinne der Regierungsideologie demonstrieren, unbehelligt bleiben.

Das Ausmaß der staatlich geduldeten Gewalt gegen die Opposition in Deutschland hat erschreckende Ausmaße erreicht. Zieht man die unzähligen illegalen Hausdurchsuchungen bei oppositionellen Aktivisten, Journalisten und zuletzt sogar bei Richtern, deren einziges „Verberechen“ darin bestand, Urteile zu fällen, die der aktuellen Regierungspolitik entgegenstanden, muss man feststellen, dass Deutschland längst wegen der Unterdrückung der Opposition reif für eine Beobachtung durch die OSZE ist.

So hat auch der [Bundsvorstand der AfD](#) zwar im Fall Bystron den „feigen Anschlag auf einen gewählten Volksvertreter“ verurteilt und die Aufklärung der Tatsache gefordert, dass der Demonstrationzug durch ein Wohngebiet vorbei an der privaten Wohnung geführt wurde, obwohl dem BKA bereits Tage zuvor Hinweise auf Bedrohung des Abgeordneten aus Kreisen der linksextremen Antifa vorlagen. Doch eine Hoffnung auf eine Aufklärung oder gar Verurteilung der Täter ist nicht in Sicht.

Aus: UNSER MITTELEUROPA. MIT VEREINTEN KRÄFTEN FÜR EIN EUROPA DER VATERLÄNDER

Österreich (Seiten 211 – 219)

08) FPÖ – Kickl: Offener Brief an Bundespräsident Van der Bellen

22. 10. 2021



FPÖ – Kickl: Offener Brief an Bundespräsident Van der Bellen

Wien (OTS) – FPÖ-Bundesparteiobmann Klubobmann NAbg. Herbert Kickl richtete heute einen Offenen Brief an Bundespräsident Alexander Van der Bellen zum Thema 3G am Arbeitsplatz. Wir veröffentlichen das Schreiben im Wortlaut.

Sehr geehrter Herr Bundespräsident!

Seit rund 19 Monaten werden die Grund- und Freiheitsrechte der Österreicher von der Bundesregierung Stück für Stück eingeschränkt – und das ohne echte Evidenz. Unter dem Deckmantel des Gesundheitsschutzes wurde ein Regime errichtet, das Merkmale aufweist, die in einer westlichen Demokratie nichts verloren haben.

Es wurde und wird mit einer noch nie dagewesenen Angst- und Panikmache ganz gezielt ein Keil in die Gesellschaft getrieben, Menschen wurden und werden gegeneinander aufgebracht, selbst vor Familien wurde und wird nicht Halt gemacht.

Auch wenn Sie, sehr geehrter Herr Bundespräsident, sich bedauerlicherweise bisher nicht mahnend zum stückweisen Raubbau unserer Grund- und Freiheitsrechte geäußert haben, spätestens jetzt sollten Sie es tun. Mehr noch: Sie sollten von Ihrem verfassungsmäßig festgelegten Recht, ein Gesetz nicht zu unterschreiben, Gebrauch machen. Im Namen ganz vieler Bürgerinnen und Bürger des Landes ersuche ich Sie darum, die aktuelle Novellierung des Covid19-Maßnahmengesetzes, die den Grundstein für das 3G-Regime am Arbeitsplatz legen soll, nicht zu unterfertigen.

Sie wissen, die Regierung hat immer wieder in Abrede gestellt, eine Corona-Impfpflicht in Österreich einzuführen. Was jetzt auf den Weg gebracht wird, ist aber der Sache nach nichts Anderes. Wer keine Repressalien erleiden will, wer nicht ständig testen gehen will oder kann, wer seine Arbeit nicht verlieren möchte – und im schlimmsten Fall die Arbeitslosenunterstützung obendrauf –, der soll nun offenbar über den Weg des Arbeitsplatzes gezwungen werden, sich impfen zu lassen.

Ich nenne diese Vorgangsweise schlicht und ergreifend erpresserisch. Dass die US-Seuchenbehörde CDC schon vor Monaten festgestellt hat, dass sich Geimpfte sehr wohl mit Covid infizieren und das Virus weiterverbreiten können, wird von der Regierung ignoriert – genauso wie die Tatsache, dass auch vollständig geimpfte Menschen schwer erkranken können und im Krankenhaus versorgt werden müssen, und wie die Tatsache, dass es häufig zu schweren Nebenwirkungen von Corona-Impfungen kommt. Nicht umsonst warnen Wissenschaftler von Weltruf davor, diesen Weg des Impfzwangs fortzusetzen, und plädieren stattdessen für eine frühzeitige medikamentöse Behandlung von symptomatischen Infizierten, die große Erfolge erzielt.

Sehr geehrter Herr Bundespräsident, Sie können doch auch die Augen nicht vor offenkundigen Widersprüchen in der Regierungsargumentation verschließen!

Während ÖVP-Finanzminister Blümel erst vor kurzem quasi das Ende der Pandemie verkündete, hat die Regierung zur gleichen Zeit den Ausnahmezustand in Österreich sogar per Gesetz bis zum Sommer 2022 ausgedehnt – mit der Option auf Verlängerung bis Ende 2022. Auf Basis welcher Fakten eigentlich? Es gibt keine.

Gleichzeitig wurde beschlossen, dass es die Gratis-Testmöglichkeiten nur mehr bis März 2022 geben wird. Das bedeutet, dass in Kombination mit der 3G-Regelung am Arbeitsplatz gesunde Menschen künftig dafür zahlen müssen, um ihrer Arbeit nachgehen zu dürfen. Wo bleiben Freiheit und Menschenwürde?

Zu einem Zeitpunkt, wo andere Staaten schon lange Öffnungsschritte gesetzt haben bzw. solche zumindest angekündigt haben, rollt die Regierung also fakten- und evidenzbefreit ein Impfzwangssystem aus.

Sehr geehrter Herr Bundespräsident, die Grundrechtseinschränkungen, mit denen die Regierung unser Land überzogen hat, waren nie tragbar und sind auch jetzt mit keinem Argument zu rechtfertigen.

Aktuell, im Herbst 2021, ist in Österreich keine epidemische Lage gegeben. Betrachtet man die Zahl der bereits Geimpften und die Zahl jener, die genesen sind, muss man davon ausgehen, dass die sogenannte „Herdenimmunität“ ohnehin erreicht ist. Würde die Regierung unserem Vorschlag, flächendeckend Antikörpertests anzubieten, entsprechen, hätten wir auch darüber längst Klarheit.

Es besteht keine Ausnahmesituation. Deshalb besteht auch keine Rechtfertigung (mehr) für jegliche Art von Grundrechtseingriffen.

Die Fragen, die Sie sich als Bundespräsident jetzt stellen müssen, sind: Ist ein derartiges Vorgehen noch mit einer Demokratie vereinbar? Entspricht diese Art der staatlichen Erpressung Ihrem eigenen Wertekanon? Wollen Sie weiterhin einem faktenbefreiten Zwangsregime durch Ihre Unterschrift Vorschub leisten? Wollen Sie die von der Regierung betriebene Spaltung der österreichischen Gesellschaft weiterhin durch Ihre Unterschrift gutheißen?

Ich gehe davon aus, dass Sie, der Sie als Bundespräsident für alle Österreicher angetreten sind, die vorhin gestellten Fragen mit einem klaren „Nein, das will ich nicht“ beantworten müssten. In diesem Fall ist es konsequent, wenn Sie auch danach handeln. Konkret dadurch, dass Sie Ihre Unterschrift unter das aktuelle Gesetz, mit dem das 3G-Regime am Arbeitsplatz implementiert werden soll, verweigern.

Sehr geehrter Herr Bundespräsident, wann, wenn nicht jetzt, wenige Tage vor unserem Nationalfeiertag, ist der ideale Zeitpunkt, für uns alle und insbesondere für Sie, ein klares Zeichen für die Freiheit und gegen Zwang zu setzen? Andernfalls sind alle Feiertagsreden zum Thema Freiheit und Souveränität nichts Anderes als Schall und Rauch.

Mit vorzüglicher Hochachtung

Herbert Kickl
Abgeordneter zum Nationalrat der Republik Österreich
Bundesparteiobmann und Klubobmann der FPÖ

Quelle: [Presseaussendung FPÖ](#)

Aus: UNSER MITTELEUROPA. MIT VEREINTEN KRÄFTEN FÜR EIN EUROPA DER VATERLÄNDER

09) Wie Linksextremisten in Tirol freie Hand für ihre Gewalttaten haben

21. 10. 2021



Neben Wien entwickelt sich Tirol und hier primär die Landeshauptstadt Innsbruck immer mehr zu einem Hotspot der linksradikalen Szene in Österreich. Ausgehend aus dem Umfeld der lokalen Universitäten, haben es die linken Gewalttäter vor allem auf die FPÖ und ihre Einrichtungen und Mitarbeiter abgesehen. Von der grün-regierten Stadtverwaltung sowie der Polizei müssen sie sich nicht in Acht nehmen, wie die mittlerweile dutzenden Fälle der Vergangenheit zeigen, die alle bisher ohne ernsthafte Konsequenz blieben.

Gelockerte Radmuttern, Farbanschläge, Fäkalien, Grabkerzen

Die Serie an linksextremen Angriffen auf Eigentum und auch Personen der FPÖ in Tirol, besonders in Innsbruck, ist gut dokumentiert und lange. Sie reichen von gelockerten Radmuttern an einem Fahrzeug der Freiheitlichen, womit die Linken sogar den Tod des Fahrers in Kauf nahmen, über Schmier- und Farbbeutelattaken auf Geschäftsstellen, Lokale und Wahlkampfstände bis hin zu Grabkerzen vor Parteilokalen und regelmäßigen Attacken mit Fäkalien. [Innerhalb eines Jahres kamen so über zehn Angriffe zusammen.](#)

Linksextremes Treiben wird toleriert

Nun wurde erneut die FPÖ-Landesgeschäftsstelle Ziel einer Fäkalattacke, und das, nachdem erst die Fassade neu gereinigt wurde. Das stellt den elften Angriff auf ein Parteibüro der FPÖ in Innsbruck in den letzten zwei Jahren dar, so der Generalpartei sekretär der FPÖ Tirol Patrick Haslwanter, der eine härtere Gangart gegen Linksextremismus in Innsbruck und erhöhte Polizeipräsenz bei den Parteibüros der Freiheitlichen forderte.



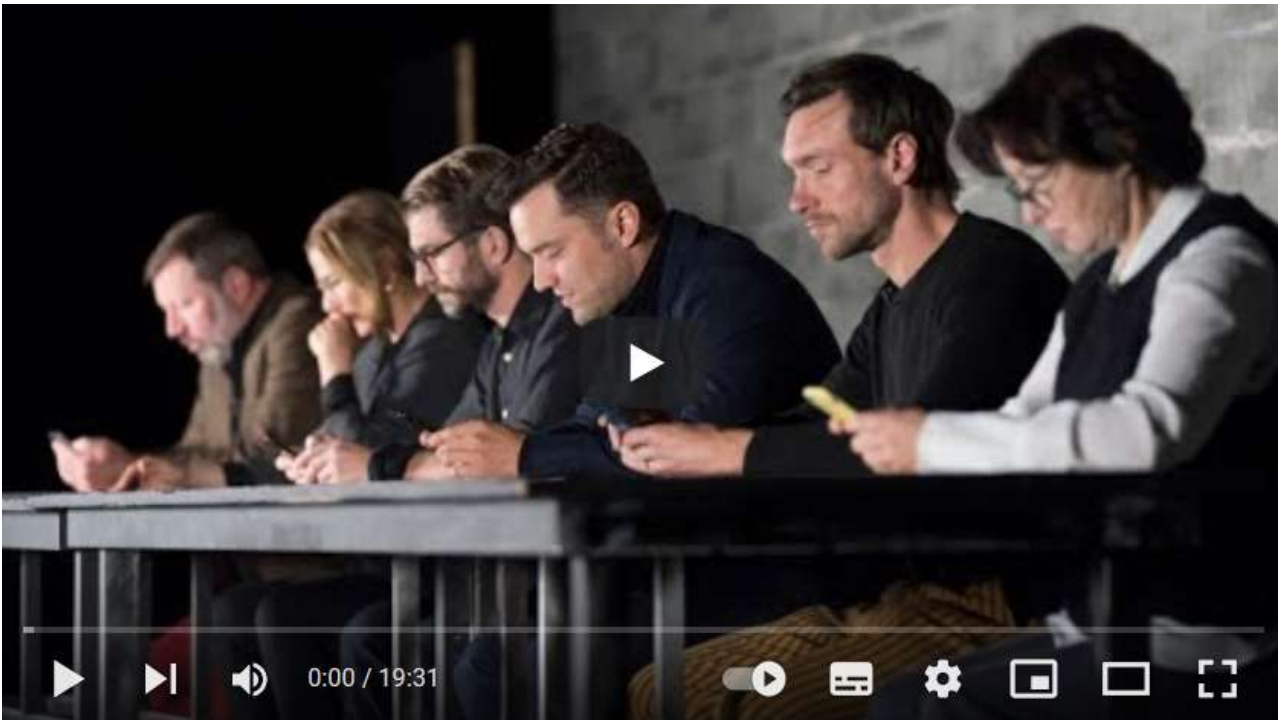
„Der Angriff auf eine Partei ist ein Anschlag auf die Demokratie, weshalb entsprechend gehandelt werden muss“, fordert Haslwanter mehr Engagement im Kampf gegen den Linksextremismus, bevor Personen zu Schaden kommen. Darüber hinaus fordert der FPÖ-Politiker erneut die anderen Parteien auf, hier einen Schulterschluss zu vollziehen, diese Taten zu verurteilen und gegen antidemokratische Vorgänge von jeder politischen Richtung aufzutreten.

Eine Liste sämtlicher Angriffe auf die FPÖ findet sich auf der Seite dokumentationsarchiv.com

Aus: UNSER MITTELEUROPA. MIT VEREINTEN KRÄFTEN FÜR EIN EUROPA DER VATERLÄNDER

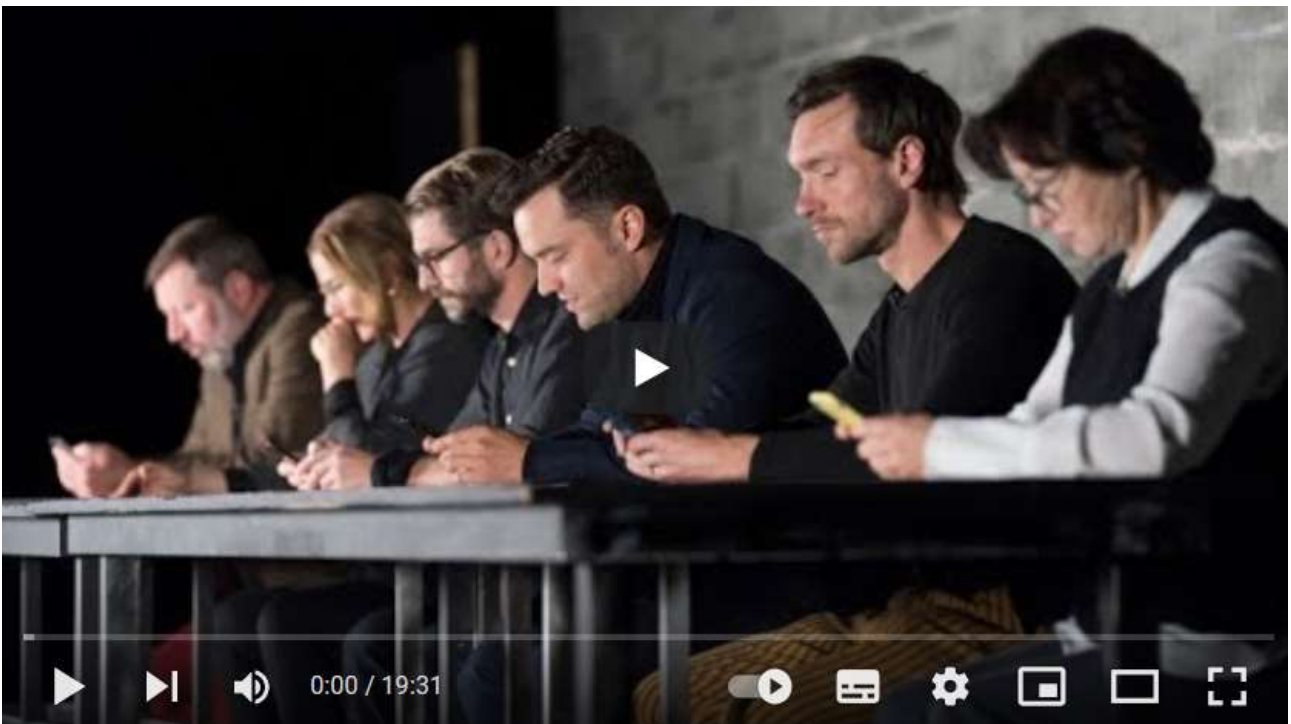
10) Wien: Das Burgtheater-Ensemble liest die Chatprotokolle in der Causa Kurz

17. 10. 2021



Screenshot Video Burgtheater

CAUSA KURZ: DIE CHATPROTOKOLLE – Eine Lesung des Burgtheater-Ensembles



<https://unser-mittleuropa.com/wien-das-burgtheater-ensemble-liest-die-chatprotokolle-in-der-causa-kurz/>

Aus dem YouTube-Kanal des Wiener Burgtheaters:

„Korruption und Betrug – gegen Sebastian Kurz und weitere Beschuldigte ermittelt die Staatsanwaltschaft. Sie gründet ihre Vorwürfe auf Chat-Nachrichten. Wir lesen diese vor! Gemeinsam mit der STANDARD-Redaktion setzen wir die Chats in den Kontext. Damit Sie sich selbst ein Bild von all den Vorgängen machen können. Die Ensemblemitglieder des Burgtheaters Regina Fritsch, Daniel Jesch, Christoph Luser, Dörte Lyssewski, Robert Reinagl und Nils Strunk schlüpfen in die Rollen von Sebastian Kurz, Thomas Schmid und anderen.“

CAUSA KURZ: DIE #CHATPROTOKOLLE

Eine Kooperation von Der [Standard](#) & [Burgtheater](#)
ab 16.10.2021, 10 Uhr

Mit Regina Fritsch, Daniel Jesch, Christoph Luser, Dörte Lyssewski, Robert Reinagl & Nils Strunk sowie Chefredakteur Der Standard Martin Kotynek und Burgtheaterdirektor Martin Kušej

Videoproduktion: [Der Standard](#)
Redaktion: [Der Standard](#)
Künstlerische Umsetzung: [Burgtheater](#)

Aus: UNSER MITTELEUROPA. MIT VEREINTEN KRÄFTEN FÜR EIN EUROPA DER VATERLÄNDER

11) Österreich: FPÖ nach ÖVP-Desaster wieder auf über 20% – türkiser Totalabsturz

14. 10. 2021



Der Absturz der Türkisen | flickr.com

Die Turbulenzen rund um die mutmaßlichen Kriminalfälle im Umfeld der ÖVP – es gilt die Unschuldsvermutung – fanden natürlich auch in den neuesten Umfragen ihren Niederschlag. Die Spitze des Eisberges war bekanntlich der „erfolgreiche“ Versuch mit manipulierten Umfragen, die obendrein ausgerechnet vom Finanzministerium finanziert wurden, die gewünschte Stimmung für Sebastian Kurz zu produzieren, um seinen Vorgänger Reinhold Mitterlehner als ÖVP-Parteichef abzuservieren.

FPÖ legt massiv zu

Den höchsten Zugewinn nach Auffliegen der Kurz-Machenschaften kann die FPÖ verzeichnen, die jetzt lt. Umfrage (siehe unten) wieder die 20-Prozent-Marke übersteigt. Zwei Gründe sind hier mitauschlaggebend:

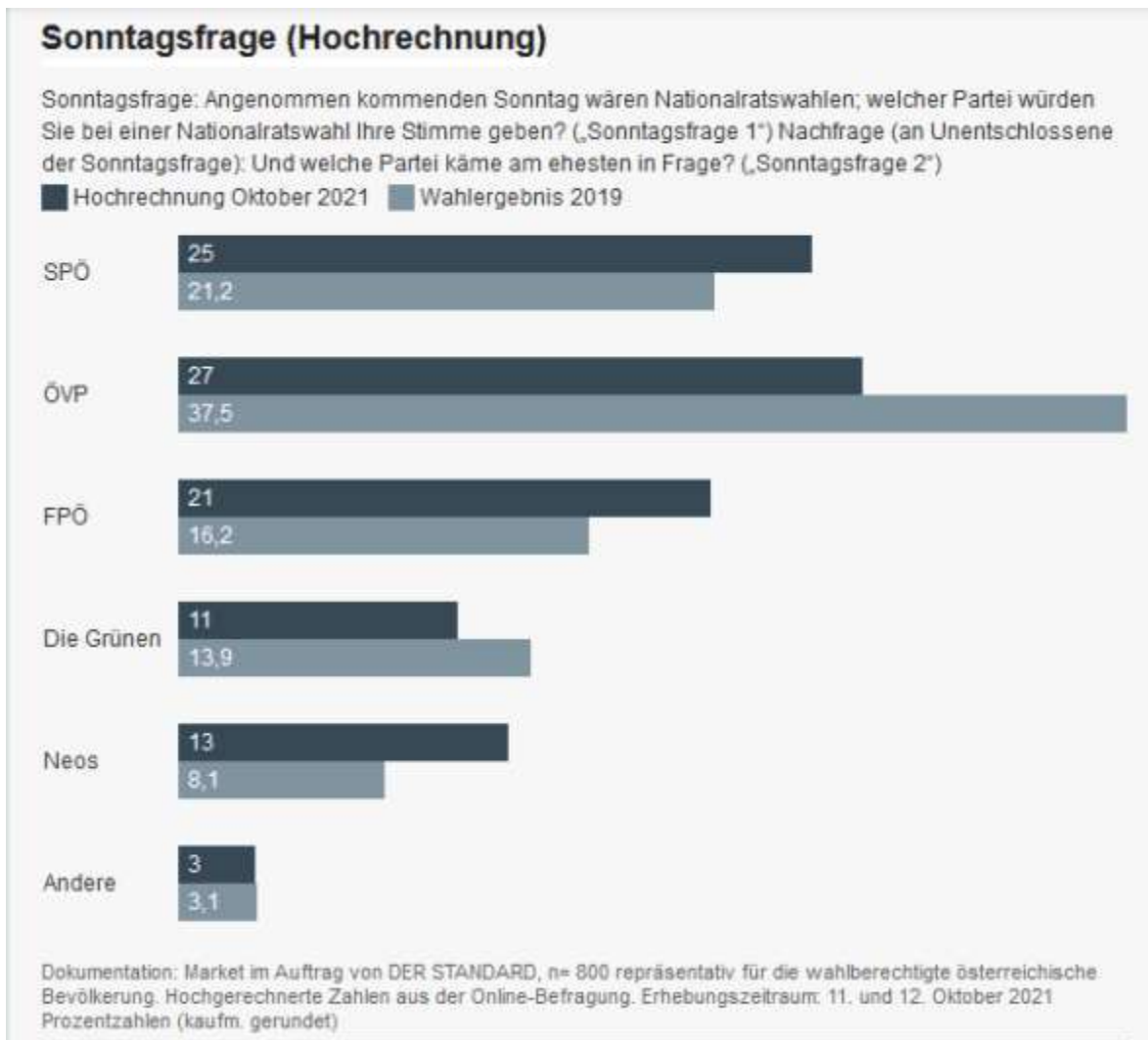
- Zum einen hat es Kurz gut verstanden, sich auf FPÖ-Themen „draufzusetzen“, beispielsweise in der Migrationspolitik. Auch hier wurde er jetzt durchschaut. Österreich verzeichnet derzeit einen Rekordzuwachs an illegalen Einwanderern, während Kurz immer von einer geschlossenen Balkanroute schwadronierte. Getäuschte Kurz-Wähler kehren jetzt zu FPÖ zurück.
- Zum anderen ist es der neue FPÖ-Chef Herbert Kickl, dem die Leute das zutrauen, was Kurz versprach: nämlich auf der Seite der Einheimischen zu stehen und nicht fremde Interessen zu vertreten. Außerdem ist Kickl absolut integer, ganz im Gegensatz zur Kurz-Riege, die jetzt die Fäden aus der zweiten Reihe ziehen will. Kurz ist ja bekanntlich nicht komplett zurückgetreten, sondern jetzt Klubchef seiner Partei und Abgeordneter im Nationalrat.

ÖVP verliert jeden vierten Wähler

Nachdem das alles jetzt aufgefliegen ist und Kurz als Kanzler zurücktrat, muss die von Schwarz auf Türkis umgefärbte Partei auch einen Absturz in den aktuellen Umfrageergebnissen zur Kenntnis nehmen. Und ein Ende des Debakels ist noch lange nicht in Sicht: Weitere Enthüllungen drohen und zur inzwischen festgenommenen Meinungsforscherin, die für die getürkten Umfrageergebnisse verantwortlich war, könnten demnächst weitere Inhaftierte hinzukommen.

Der Wechsel an der Regierungsspitze von Kurz auf den ehemaligen Außenminister Alexander (Graf) Schallenberg lässt die ÖVP geschwächt zurück: In der aktuellen Market-Umfrage für den [STANDARD](#) rutscht die Kanzlerpartei gegenüber der Nationalratswahl vor zwei Jahren von 37,5 auf 27 Prozent, als um rund zehn Prozentpunkte – oder etwa jeden vierten Wähler verlieren – ab.

Hier die Grafik im Auftrag von derstandard.at:



Hier noch eine kleine Auswahl an Umfrageergebnissen von „Research Affairs“ der Agentur, deren Chefin, Sabine Beinschab inhaftiert wurde. Das jeweilige Anliegen der ÖVP wurde als Wille der Bevölkerung dargestellt. Speziell die beiden Fragen rund um Corona offenbaren einmal mehr, wie in der sog. „Pandemie“ die Leute zum Narren gehalten werden:

20. März 2021: ÖVP für regionale Corona-Regelungen

22. März 2021: *Umfrage von Research Affairs: Österreicher wollen regionale Corona-Regelungen*

31. März 2021: ÖVP will Sputnik V in Österreich

31. März 2021: *Umfrage von Research Affairs: Österreicher wollen Sputnik V*

12. Juni 2021: ÖVP will keine Erleichterungen bei Zugang zur Staatsbürgerschaft

20. Juni 2021: *Umfrage von Research Affairs: Österreicher möchten keine Erleichterungen*

4. Juli 2021: ÖVP möchte mehr Druck auf Arbeitslose

10. Juli 2021: *Umfrage von Research Affairs: Österreicher wollen mehr Druck auf Arbeitslose*

28. Jänner 2021: ÖVP möchte keine Änderungen, Grüne wollen Lockerungen bei Abschiebungen

4. Februar 2021: *Umfrage von Research Affairs: Österreicher wollen keine Lockerungen bei Abschiebungen*

Update v. 14.10. 16 Uhr:

Inzwischen wurde bekannt, dass die festgenommene Agenturchefin Sabine Beinschab, die für ihre „Leistungen“ mehr als eine halbe Million Euro erhielt und einen Tag vor der Hausdurchsuchung die Festplatten der Rechner der Agentur löschte, bereits wieder auf freiem Fuß ist.

Aus: UNSER MITTELEUROPA. MIT VEREINTEN KRÄFTEN FÜR EIN EUROPA DER VATERLÄNDER

Niederlande (Seiten 219 bis 221)

12) Wilders: Ungarn könnte ein Vorbild für viele westliche Länder sein

13. 10. 2021



Geert Wilders · Foto: Rijksoverheid / Phil Nijhuis / Wikimedia CC 1.0

Die Zeitung Magyar Hírlap befragte Geert Wilders, den Vorsitzenden der größten niederländischen Oppositionspartei, der Partei für die Freiheit (PVV), über die Zukunft seines Landes und dessen Kampf gegen „progressive Ideen“. Der niederländische Politiker sprach auch über die Tatsache, dass er seit siebzehn Jahren unter Polizeischutz leben muss, weil er seine Ansichten über den Islam frei äußert.

Im Gespräch mit der Zeitung Magyar Hírlap beschrieb Geert Wilders die Ideologie seiner Partei, der PVV:

Wir sind eine kulturkonservative Partei, die für einen starken Nationalstaat eintritt. Wir glauben an eine Kultur, die sich auf das Christentum, das Judentum und den Humanismus stützt, an eine strenge Einwanderungspolitik und an eine strikt durchgesetzte Rechtsstaatlichkeit. Gleichzeitig unterstützen wir die Arbeiterklasse, die älteren Menschen, und wir unterstützen Steuererleichterungen für Menschen mit niedrigem und mittlerem Einkommen.

Aus dem Interview geht hervor, dass Millionen niederländischer Bürger den Zustrom nicht-westlicher – vor allem muslimischer – Einwanderer strikt ablehnen, und das aus gutem Grund, denn siebzig Prozent der niederländischen Muslime halten ihre eigenen religiösen Regeln, die Scharia, für wichtiger als das niederländische weltliche Recht. Es steht viel auf dem Spiel: unsere Lebensweise, unsere Werte und unsere Toleranz.

Immer mehr Menschen in den Niederlanden erkennen die Gefahren einer Parallelgesellschaft, die nichts mit unseren Werten und unserer Rechtsstaatlichkeit zu tun hat. Die Menschen sind besorgt, mehr denn je.

Wilders sagte, dass die Mehrheit der christlichen Kirchen in den Niederlanden leider politisch korrekt sei, Einwanderung und Asyl stark unterstütze und die Gefahren des Islam als totalitäre und gewalttätige Ideologie nicht nur ignoriere, sondern sogar versuche, mit ihm zu kooperieren.

Der Vorsitzende der Freiheitspartei erzählte auch, dass er und seine Frau seit siebzehn Jahren rund um die Uhr unter Polizeischutz in einem sicheren Haus der Regierung leben, weil gegen sie von Terrororganisationen wie al-Qaida, ISIS und den Taliban mit Fatwas (islamischen Rechtssprüchen) zum Mord angestiftet werde. Zu ihrer Sicherheit wurden sie sogar in Militärcasernen und Gefängnissen untergebracht. Alles nur aus dem Grund, weil sie den Islam, den Koran und den Propheten Mohammed kritisieren.

„Ich habe meine persönliche Freiheit in meinem Kampf für die Freiheit und gegen die Anti-Freiheit des Islam verloren. Das Recht auf freie Meinungsäußerung ist im Westen bedroht, weil es zu viele schwache Politiker, Richter, Journalisten sowie linke und liberale Intellektuelle gibt, die das gefährliche Konzept des Kulturrelativismus propagieren und leugnen, dass eine vorherrschende nationale Kultur zu einem Nationalstaat gehört und dass Freiheit und Islam unvereinbar sind, wie sich in allen Ländern gezeigt hat, in denen der Islam eine starke oder dominante Präsenz hat. Ich habe ein Buch über dieses Thema geschrieben, das vor einigen Jahren auch in Ungarn veröffentlicht wurde.“

Trotz alledem ist Wilders optimistisch; er glaubt immer noch, dass die Niederländer als Nation eine Zukunft haben.

Doch er fügte hinzu, dass wir dazu früher oder später unsere Einstellung und unsere Politik ändern müssen. Es geht nicht nur um Einwanderung und Demografie, sondern auch darum, uns gegen eine Europäische Union zu verteidigen, die die Nationalstaaten zerstören will.

„Glücklicherweise gibt es in der Union starke Führungspersönlichkeiten wie Viktor Orbán, aber im Allgemeinen sind die linksliberalen Führer der EU unsere größten Feinde, wenn es um die Zukunft unseres Nationalstaats geht“, so Wilders.

Geert Wilders sagte, Ungarn könne ein Vorbild für viele westliche Länder sein, was den Stolz auf ihre nationale Kultur und Identität und ihre Bereitschaft, diese zu verteidigen, angeht. Ungarn ist ein Beispiel dafür, wie man die islamische Einwanderung stoppen, die Einmischung europäischer Bürokraten in nationale Angelegenheiten verhindern und zeigen kann, wie man sein Volk und seine Kultur verteidigen müssen. „Leider sind die Nationen Westeuropas weitgehend verrückt geworden und haben sich selbst zerstört“, heißt es in dem Interview.

Die gefährliche „Woke“-Ideologie, der Kulturrelativismus, die Politik der offenen Grenzen und des „Wir schaffen das“ sowie der Multikulturalismus machen uns kaputt.

„Ich sage, wir müssen die Niederlande zurückerobern. Ich sage, dass wir, wie in Ungarn, die Einmischung des Staates in unsere Schulen durch liberale, fortschrittliche Ideen stoppen müssen, insbesondere wenn es um Sexualerziehung geht, denn das ist das Privileg der Eltern. Dass wir uns auf unsere alten Werte besinnen müssen, dass wir unser eigenes Volk an die erste Stelle setzen müssen, dass wir die Islamisierung der Niederlande stoppen müssen und dass der Progressivismus eine Bedrohung darstellt. Kultureller Konservatismus ist nicht nur eine Tugend, sondern der einzige Weg für das Überleben unseres Volkes und unseres Staates.“

Quelle; [Magyar Nemzet](#)

Aus: UNSER MITTELEUROPA. MIT VEREINTEN KRÄFTEN FÜR EIN EUROPA DER VATERLÄNDER

Belgien (Seiten 221 bis 222)

13) Liège/Lüttich: Sie berauben Menschen, die Katastrophenopfern helfen!

Von Sarah Rasujew

13. 10. 2021



Die gestohlenen Werkzeuge wurden in der unmittelbaren Umgebung der Verdächtigen gefunden

Mohamed (35), Abdaziz (19), Trabelsi (27) und Ali (29) wurden vor dem Strafgericht von Lüttich zu Haftstrafen von bis zu 21 Monaten verurteilt, weil sie eine Reihe von Diebstählen begangen hatten, von denen einer besonders schockierend ist. Zwei von ihnen stahlen Werkzeuge von einem Mann, der sein Fahrzeug geparkt hatte, um den Opfern der schrecklichen Überschwemmungen zu helfen, die die Region im vergangenen Juli heimsuchten. Die Angeklagten wurden auch wegen einer Reihe von Diebstählen angeklagt, die sich sowohl gegen Einzelpersonen als auch gegen Geschäfte richteten.

Sie haben den Diebstahl zu ihrem täglichen Geschäft gemacht. Sie wurden wegen nicht weniger als acht Diebstählen und versuchten Diebstählen angeklagt, die zwischen März und August begangen wurden. Die meisten Angeklagten halten sich irregulär im belgischen Hoheitsgebiet auf, mit Ausnahme von Mohamed, der hofft, von einer Regularisierung seiner Staatsangehörigkeit profitieren zu können, da er die Schritte eingeleitet hat, um Belgier zu werden. „Ich muss Insulin nehmen und habe kein Geld, um es zu bezahlen“, sagte der Angeklagte bei seinem ersten Auftritt vor Gericht. „Ich habe auch gestohlen, um zu essen. Eine Aussage, die zu relativieren ist, da die betreffende Person meist Gegenstände gestohlen hat, die bis zum Beweis des Gegenteils nicht gegessen werden können...

Er stahl zwar ein Knäckebrot, aber zusammen mit zehn Zigarren und zwei Flaschen Whisky! Die unangenehmste Tatsache, für die er sich verantworten muss, wurde jedoch am 21. Juli letzten Jahres begangen. Er war mit einem gewissen Walid vor Ort, nicht weit von dem überfluteten Gebiet entfernt. Einmal wurden sie abgefangen, als sie neben einer Aktentasche standen, die Werkzeuge enthielt, die aus dem Lieferwagen eines der Retter gestohlen worden waren, der den Flutopfern half. Die Verdächtigen wurden festgenommen, als sie sich in der Nähe des Tatorts aufhielten. Die Polizei fand bei den beiden Männern die Fahrzeugschlüssel, einen Werkzeugkasten, eine Zigarrenkiste und eine Zigarre. Aber keiner der Angeklagten wollte den Diebstahl zugeben. Doch Mohamed war ein Wiederholungstäter. Er wurde zu einer einundzwanzigmonatigen Haftstrafe verurteilt. Die anderen Angeklagten erhielten insgesamt neunzehn Monate Haft, die zur Bewährung ausgesetzt wurde, soweit sie über die Dauer der Sicherungsverwahrung (Untersuchungshaft) hinausging.

Quelle: dhnet.be

Aus: UNSER MITTELEUROPA. MIT VEREINTEN KRÄFTEN FÜR EIN EUROPA DER VATERLÄNDER